

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ordnung die auf weiteren nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, Bezugspreis bei



Internationale. Mit der 6gruppigen Korpusgröße oder deren Raum, Anhalten, die 2spaltige Korpusgröße. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2spaltige Korpusgröße. Mit Nachweisungsgebühr. Die Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Rückgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Reue tritt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 49.

Sonnabend / Sonntag 28. / 29. April 1923.

## Ämtlicher Teil.

### Brotmarkenausgabe.

Für die Zeit vom 7. Mai bis 19. August 1923 sind die Brotmarken für die versorgungsberechtigte Zivilbevölkerung von den Gemeindebehörden nach den bisherigen Vorschriften auszugeben.

Die Brotmarken nebst weiteren Unterlagen werden den Gemeindebehörden durch die Druckerei G. C. Rinkisch & Sohn in Meißen zugehen, soweit sie nicht dort abgeholt werden. Die Nachweisung über die neue Ausgabe und die Ausgabelisten mit Brotmarken (einschl. Lieferchein) der abgelaufenen Zeit vom 12. Februar bis 6. Mai 1923 sind spätestens bis zum 15. Mai 1923 hier einzureichen. Bei Ausgabe der Brotmarken sind die Bestimmungen in Abl. 2 der Bekanntmachung vom

17. August 1922 — Nr. 46 II E — über die Brotstellungsverföger, sowie die Bestimmungen der Bekanntmachung über die Beschränkung der öffentlichen Brotversorgung vom 5. Oktober 1922 — Nr. 98 II E — genau zu beachten.

Wer, ohne Brotversorgungsberechtigt zu sein oder über das ihm nach den geltenden Bestimmungen zustehende Maß hinaus, die Versorgung in Anspruch nimmt, wird nach § 49 Ziffer 3 und 6 des Reichsgesetzes vom 4. Juli 1922 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 500 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft, soweit nicht nach anderen Vorschriften eine schwerere Strafe verurteilt ist.

Meißen, am 25. April 1923.

4 Z. I.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband Meißen-Stadt und Land

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Das deutsche Angebot an die Entente wird voraussichtlich in der nächsten Woche abgehandelt werden.
- Die vier Bergarbeiterverbände warnen in einem Aufruf davon, den passiven Widerstand im Ruhrgebiet in einen aktiven zu verwandeln.
- Die französischen Eisenbahnarbeiter im Ruhrgebiet sind sehr unzufrieden und drohen mit der Rückreise nach Frankreich.
- Aus Anlaß des Besuchs von Marschall Foch in Warschau soll ein französisches Lustgeschwader über Deutschland zunächst nach Warschau und von dort nach Prag fliegen.
- Das an Frankreich ausgelieferte frühere deutsche Luftschiff „S. IV“ ist beim Landen in Toulon zerstört worden.

### Ein Telegramm.

Ein Telegramm eines — Engländer's aus Genf an einen deutschen Freund:

„Alle jetzt verbreiteten Nachrichten über englisch-französische bevorstehende oder sogar erfolgte Verständigung in Reparations- und Ruhrfragen sind tendenziös erfunden. Französische leitende Presse, offiziöse sowie, verhält sich durchaus ablehnend der Rede Curzons gegenüber. „Temps“, „Journal des Débats“, „Echo national“ erklären Curzons Anregungen für einfach unannehmbar; „Temps“ besonders ist ganz schroff, wiederholt, Frankreich werde vor gänglicher Bezahlung Ruhrgebiet nicht freigeben. Dies anfündigt mindestens des Hauptteils Bezahlung auf ewig, da gängliche Bezahlung unmöglich. Nach verlässlicher Erkundigung geben französische Absichten dahin, deutsches Angebot herauszulösen, ferner, Aufgabe passiver Resistenz während Verhandlungsdauer zu erreichen wie seinerzeit Einstellung des Unterseeboosterkrieges. Schwerpunkt liegt nicht in Reparations-, sondern Sicherheitsfrage, welche tatsächliche Loslösung des Rheinlandes und Verlust des Ruhrgebietes, wie man auch Sache verwickelt, bedeutet. Hierin hat sich englischer Widerstand gegen französische Pläne nicht vermindert. Müssen davon Nutzen ziehen, in Sicherheitsfrage sich einfach auf § 175 des Versailler Vertrages berufen; nicht auf solche Ebene weitergehender Verhandlungen einlassen. Heute Unterredung mit verlässlich qualifizierter Persönlichkeit, welche unerschütterte Stellungnahme englischer Regierung in diesen Fragen betont; dasselbe geht aus Erklärungen führender Londoner Presse hervor, da Diktatwille und unabsehbare Befehlsabsicht Frankreichs offen zugegeben werden. So ist vor vollkommenen Auslösen, heute deutsche starke Stellung gefährdenden Offerten nach wie vor dringend zu warnen. Gerüchte über geheime Verhandlungen deutscher Industrieller mit französischen macher gerade in antifrösischen englischen Kreisen (schlechten Eindruck; müssen, falls bestätigt, deutsche Sache schwer schädigen.“

Der Engländer muß doch recht deutschfreundlich sein, daß er ein so lauges Telegramm trotz der gewaltigen Kosten abschickt. Aber er hat recht mit seinen Ausführungen, die haarscharf genau die entscheidenden Punkte treffen. Bei uns kann man sich nur schwer dem anschließen, was dieser Engländer telegraphiert; aber der Meinungsschwankung nach dieser Richtung hin ist doch schon im Gange. Vor allem, seitdem man den Wortlaut der Rede Curzons genau kennengelernt hat. Man sah tatsächlich die Worte des englischen Außenministers als die ersten Schritte zu einer „englischen Vermittlung“ auf. Es bedurfte erst einiger sehr energischer Mahnungen der englischen Zeitungen, um diese Auffassung in Deutschland — und auch das nicht überall — zu berichtigen. Von der Ansicht, England biete sich als „echtlcher Makler“ an, kommt man nur allmählich und ganz widerstrebend ab.

bleibt, daß England ein neues deutsches Angebot aus uns herauslösen will. Es läßt sich vieles dagegen sagen; aber unsern letzten Angebot sind ungehörig die Turen von Poincaré vor der Nase zugeschlagen worden. An dieses „Vergnügungs-Programm“ wird angeknüpft werden müssen; das scheint auch in London anerkannt zu werden. Im Unterhause hat der Premierminister Bonar Law erklären lassen, daß das deutsche Angebot

aus der vondoner Konferenz im Dezember 1922 als befriedigend bezeichnet werden könne. Unser Vorschlag für die Pariser Konferenz im Januar ist nun aber genauer, ist weitergehend. Und wenn jetzt Bonar Law mitteilen läßt, die damals im Bereich der deutschen Zahlungsfähigkeit liegende Summe für die Reparationen sei mit 50 Milliarden Goldmark beziffert worden, er wolle aber durch Sachverständige gründlich feststellen lassen, ob „darauf folgende Ereignisse diese Summe vermindert hätten“, so sieht man deutlich, was England will: wirtschaftliche Behandlung des Reparationsproblems.

Das aber — interessiert Frankreich nur ganz unwesentlich. Der Engländer zeigt in seinem Telegramm ganz klar den Unterschied: Frankreich will nur die politische Regelung, die mit Hilfe der Reparationsverpflichtungen erreicht werden soll. Bis nur „Sicherungs“ politisch treiben. Der Pariser „Intransigent“ faßt das ganz knapp in die Formel, daß an Verhandlungen vorläufig noch nicht zu denken sei. Denn das Deutschland des Reichskanzlers Cuno sei noch nicht bereit, sich zu unterwerfen. Es habe noch nicht verstanden, daß Frankreich vom Reiche eine Erklärung verlange, daß es besiegt sei. Deutschland müsse sich direkt an Frankreich und Belgien wenden. Eben dahin paßt die Meldung, daß Frankreich als Vorbedingung für die Eröffnung von Verhandlungen darauf bestehe, daß Deutschland von seiner Politik des passiven Widerstandes vollkommen ablasse.

So liegt die politische Konstellation klar da, und was der Engländer aus Genf gestern telegraphierte, bestätigt sich heute durch alle diese neuen Nachrichten, die — eigentlich nicht unerwartet kommen. In der „Sicherungsfrage“ sind wir mit Englands Ansicht, wie sie Curzon darlegte, völlig einverstanden. Und wenn ein deutsches, ein „neues“ Angebot herauskommt, dann können wir, auf den bisherigen fußend, der Welt das Urteil überlassen, ob wir nicht alles getan haben, endlich zum Frieden zu gelangen. Inzwischen aber heißt es nach wie vor: den Sturmhelm fester binden!

### Die Vorbereitung des deutschen Angebots

Absendung nächste Woche.

Aber den mutmaßlichen Inhalt der zu erwartenden deutschen Reparationsnote an die alliierten Mächte sind widersprechende Angaben erschienen, die durchweg auf Kombinationen beruhen, denn die Erwägungen über Form und Inhalt des deutschen Angebots sind noch nicht abgeschlossen. Bisher hat eine Sitzung des Reichskabinetts nicht stattgefunden, lediglich eine Prüfungnahme einzelner Mitglieder der Regierung mit hervorragenden Vertretern der Industrie, der Banken, der Landwirtschaft und anderer wirtschaftlichen Gruppen ist erfolgt. Es wird noch einige Tage dauern, und es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Note der deutschen Regierung noch im Laufe dieser Woche in ihren Grundzügen festgelegt, geschweige denn gar abgeschickt werden kann.

Poincaré lehnt im voraus ab.

Nach Pariser Meldungen soll angeblich ein Angebot, das nicht mehr als 20 oder 30 Milliarden Goldmark vorschlüge, von den Franzosen ohne Diskussion zurückgewiesen werden. Frankreich verlange eine Kapitulation, und es werde seine Forderungen an Deutschland niemals ohne Verminderung seiner eigenen Schulden bei England und Amerika herabsetzen lassen. Aus diesen Gründen dürfte heute vielleicht nur eine vorläufige Regelung nötig sein. Ferner will Poincaré erklären, daß kein deutsches Angebot in Betracht gezogen werden könne, das nicht direkt an Frankreich gerichtet sei oder das die Mäntung des Ruhrgebietes als Voraussetzung für Verhandlungen verlange.

### Der Abwehrkampf der Bergarbeiter.

Ein Aufruf der vier Verbände.

Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen Aufruf, in dem es heißt: An großem Umsatze werden von den Franzosen und

Belagern Zeichen besteht, um den gelagerten Kohle abzutransportieren. Kommunisten, Unionisten und Syndikalisten versuchen, ihre Generalkonferenz zu verwirklichen, indem sie in Belegschaftsversammlungen und in ihrer Presse verlangen, daß, wenn auf einer Zeche die Kohle- und Kohlenhalden abgeperrt sind, die Belegschaften in den Streik treten müssen, da unter Bajonetten nicht gearbeitet werden dürfe. Die Absicht dieser Parteien ist eine andere. Sie wollen den passiven Abwehrkampf zu einem aktiven machen. Die Vorgänge in Mülheim und Essen betreffen es.

Der Abwehrkampf war bisher nur deshalb so erfolgreich, weil er mit Ruhe und Besonnenheit geführt wurde. Er ist verloren in dem Augenblick, wo Generalkonferenz oder gewalttätiges Vorgehen einsehen.

Unter Bajonetten soll und wird nicht gearbeitet werden. Wenn nun die Kohlen- und Kohlenlager abgeperrt, aber die übrigen Zechanlagen von Militär frei sind, kann von einem Arbeiten unter Bajonetten keine Rede sein. Ausschlaggebend bei jeder Maßnahme muß sein, nützt oder schadet sie dem Gegner oder der eigenen Sache? Ein Generalkonferenz oder gewalttätiges Vorgehen nützt aber nur dem französischen Imperialismus und Militarismus. Weist das Ansinnen der Kommunisten und Syndikalisten zurück, folgt nach wie vor den Weisungen der Bergarbeiterorganisationen!

Ein kommunistischer Kongress.

Die Kommunisten haben in Essen ihren seit längerer Zeit vorbereiteten Betriebsrätekongress abgehalten. Dazu wird betont, daß es sich auf diesem Kongress um eine rein kommunistische Veranstaltung handelt. Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß nach eigener Angabe der Kommunisten nur 135 Schachtanlagen mit 94 Kommunisten, 45 Parteilosen und 81 Unionisten vertreten waren. Die Resolution dieses Kongresses, dessen Hauptzweck die Organisation des Kampfes gegen die Gewerkschaften ist, wendet sich gegen die französische Belegung, verlangt die Errichtung einer „Arbeiterregierung“ und fordert die Arbeiterchaft auf, sich „die Deputatohle selber zu holen“. Der Vorwärts weist darauf hin, daß diese Forderungen der Kommunisten darauf hinauslaufen, den passiven Abwehrkampf in einen aktiven zu verwandeln.

### Frankreichs mißvergnügte Söldner.

Drohung mit Massenabreise.

Aus Paris wird berichtet, daß im Ruhrgebiet unter den mit der Kohlen- und Kohlabfuhr beschäftigten französischen Transport- und Eisenbahnarbeitern, deren Kontrakte, soweit es sich um freiwillig angestellte handelt, am 5. Mai ablaufen, große Unzufriedenheit herrscht. Wenn man am 5. Mai die Massenabreise der augenblicklich Verpflichteten vermeiden will, und wenn man auch vermeiden will, daß es an Kandidaten mangelte, die die Lücken ausfüllen können, oder wenn man den Unzufriedenheiten entgegen will, neues Personal anzulernen, müsse man schleunigst den Forderungen der Transportarbeiter nachkommen und entweder ihren Familien die Möglichkeit verschaffen, bei ihnen im Ruhrgebiet untergebracht zu werden (!), oder man müsse ihnen eine bedeutende Lohnzulage geben.

### Chronik der Gewalttaten.

In Essen wurde in unmittelbarer Nähe der französischen Kasernen auf einen von Altesessen einwandernden Personenzug durch eine Sprengung unmittelbar neben dem Bahngleis ein Anschlag verübt. Hierbei wurden drei Deutsche leicht verletzt. Die französischen Behörden, die den Vorfall als Anschlag auf die französische Kasernen ansehen, verlangen Ermittlung und Auslieferung der Täter binnen drei Tagen.

Neuerdings liegen wieder zahlreiche Meldungen vor, daß französische und belgische Soldaten bei Vornahme von Patrouillen oder angeblichen Patrouillen die Revidierten ihres Geldes und ihrer Wertsachen berauben. In einem Schreiben an General Denbignes wird besonders der Fall eines armen Schiffsmannes angeführt, dem